

Birsfelden in der Kita-Krise

Familien und Arbeitskräfte wandern in die Stadt ab, weil dort die Bedingungen besser sind als in Baselland.

Maria-Elisa Schrade

Regula Meschberger, Präsidentin des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) und SP-Gemeinderätin in Birsfelden, macht sich grosse Sorgen um die Zukunft der Kitas in Baselland. Insbesondere in Agglo-Gemeinden müssen aktuell Kitas schliessen, weil sie mit den höheren Löhnen und niedrigeren Kita-gebühren im angrenzenden Stadtkanton nicht konkurrieren können. In Birsfelden hat erst letztes Jahr eine Kita aufgegeben. Eine weitere soll laut Meschberger diesen Sommer ihren Betrieb einstellen.

Auch Maria Costa, Geschäftsführerin der zweisprachigen Kita Headstart in Birsfelden, hatte seit der Gründung 2012 schon öfter Existenzsorgen. «Es ist extrem schwierig, Fachkräfte zu finden», sagt die Psychologin und Englischlehrerin. Vor allem

die letzten fünf Jahre seien sehr schwierig gewesen. «Wir hatten mehrere Familien, die wegen der Kita-Kosten in die Stadt gezogen sind.»

Durchschnittlich 1000 Franken höhere Gebühren

Aktuell sind bei «Headstart» zwar alle Plätze und Stellen wieder besetzt. Doch das kann sich schnell ändern. Denn im August tritt in Basel-Stadt das revidierte Tagesbetreuungsgesetz in Kraft, das im Rahmen des Gegenvorschlags zur Kita-Initiative der SP überarbeitet wurde. Damit erhalten Kita-Mitarbeitende in Basel künftig denselben Lohn wie Angestellte schulinterner Tagesstrukturen. Zudem müssen dann Selbstzahlende in Basel monatlich nur noch 1600 Franken für die Kita berappen.

In Baselland ist die monatliche Gebühr für Selbstzahler trotz niedrigerer Kosten durchschnittlich 1000 Fran-

«Das können sich die Baselbieter Gemeinden nicht leisten.»



Regula Meschberger
Gemeinderätin (SP) Birsfelden

ken höher, weil im Landkanton Kita-Plätze nicht subventioniert werden. Meschberger rechnet vor: «Basel-Stadt hat

den monatlichen Preis für einen Kitaplatz auf 3000 Franken angehoben, damit höhere Löhne bezahlt werden können. Aber davon finanziert er auch 1400 Franken. Das können sich die Baselbieter Gemeinden nicht leisten.»

Mehrere Gemeinden sind mit ihrem Budget sogar im Minus. Ohne Unterstützung des Kantons wird es daher kaum gehen. Dafür müsste allerdings zunächst die entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden. Denn nach aktuellem Gesetz liegt die Verantwortung für die Subventionierung familienergänzender Betreuung wie Kitas und Spielgruppen allein bei den Gemeinden.

Hilfe des Kantons kommt für viele Kitas zu spät

Auch wenn die Gemeinden in der Regel auf Autonomie pochen, scheinen sie hier auf Unterstützung des Kantons zu

hoffen. Das ist auch dringend nötig. Denn aktuell belegt Baselland in Bezug auf Kinderbetreuung und Kita-Kosten im interkantonalen Vergleich den – laut SP-Landrätin Miriam Locher «beschämenden» – zweitletzten Platz. Auch in Baselland hat die SP daher eine Kita-Initiative eingereicht. Die Regierung hat nun bis August 2025 Zeit, einen Gegenvorschlag zu erarbeiten. Eine Gesetzesänderung wird somit frühestens 2026 möglich.

Für Regula Meschberger ist das zu spät. Sie fürchtet, dass viele Kitas im Baselbiet nicht so lange durchhalten, bis der Kanton endlich eingreifen kann. Deshalb seien auch die Kommunen gefragt, möglichst schnell zum Erhalt der Kitas beizutragen. «Wir müssen die Gemeinden wachrütteln», sagt die Bildungspolitiklerin. Es sei immer noch nicht angekommen, dass Kinderbetreuung ein Service public sei.

Doch: «Wenn wir wollen, dass Frauen wieder mehr Kinder bekommen, müssen sie sich auch eine Fremdbetreuung leisten können.»

Eine Gratis-Kita, wie das die Initiative verlangt, ist in Baselland wohl chancenlos. Auch dürfte der Gegenvorschlag der Regierung angesichts des klammen Haushalts weniger grosszügig ausfallen als beim finanzstarken Nachbarn. Doch irgendetwas wird sich Baselland einfallen lassen müssen. Basel-Stadt geht es finanziell so gut, dass der Kanton kürzlich die Steuern gesenkt hat. Mit dem neuen Steuerpaket wurden auch die Abzüge der Einkommenssteuer angepasst: Neu können in Basel bis zu 25 000 Franken Betreuungskosten pro Jahr angerechnet werden statt wie bisher 10 000 Franken. Für Baselbieter Familien ein weiterer Anreiz, in die Stadt zu ziehen.